



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 18.02.2008

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Späh
Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	bis TOP 2
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	bis TOP 5
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	
Herr Fessler, Ordnungsamt	bis TOP 7
Herr Goldammer, Tiefbauamt	
Herr Isenmann, Stadtwerke Biberach	
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	
Herr Simon, Hauptamt	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	bis TOP 7

entschuldigt:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Rieger

Gäste:

Herr Munz, Architekturbüro JKLM	
Herr Schley, Schützendirektion	bis TOP 2
Herr Dr. Toporski	bis TOP 2

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Aufhebung Sperrvermerk Projekt "Bildschirme raus aus Kinderzimmern"	23/2008
3.	Neubau Hallensportbad: Festsetzung neuer Tarife	9/2008
4.	Neubau Hallensportbad: Öffnungszeiten	10/2008 + 10/2008-1
5.	Um- und Ausbau des Bahnhof Biberach - Erhöhung Bahnsteige	19/2008
6.	Verbindungsstraße zwischen Mettenberger Straße (L 280) und Ulmer Straße (L 267)	181/2007-1 + 181/2007-2
7.	Aufstellung des Bebauungsplans "Bismarckring, Adolf-Pirrung- Straße, Ulmer-Tor-Straße"	17/2008
8.	Stadtsanierung Biberach - 2. Erweiterung Sanierungsgebiet "Östliche Innenstadt" -	15/2008
9.1.	Verschiedenes: Wilde Müllablagerung Laurenbühlweg	
9.2.	Verschiedenes: Vergabeverlauf Innerer Gruppen	
9.3.	Verschiedenes: Leserbriefe zur Sauna Hallenbad	
9.4.	Verschiedenes: Sportsituationsbericht	
9.5.	Verschiedenes: Bahnhof	

Die Mitglieder wurden am 07.02.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 14.02.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen wollen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 23/2008 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback begrüßt die Herren Schley und Dr. Toporski zu diesem Tagesordnungspunkt. Die jüngste Berichterstattung auch in der Schwäbischen Zeitung zeige die Bedeutung des Themas auf. Es sei wichtig, die Eltern in die Verantwortung zu nehmen und auf Gefahren aufmerksam zu machen.

Herr Dr. Toporski geht kurz auf die bisherige Geschichte des Projekts ein, das an der Pflugschule begonnen habe. Den Bedarf dieses Projekts begründet er mit bildungspolitischen Gründen. Ein nennenswerter Bevölkerungsteil habe kein Bildungsstreben, dadurch kleinere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, was zu Armut und damit wiederum zu weniger Bildung führe. Dieser Missstand werde vererbt und man wolle mit dem Projekt versuchen die Vererbung zu durchbrechen. Zielgruppe seien Kinder im Alter zwischen drei und zehn Jahren sowie deren Eltern. Der Ansatz solle nicht nur negativ sein, sondern man wolle Alternativen anbieten. Die Sprachlosigkeit in den Familien bringe eine Verarmung mit sich und die Unfähigkeit Empfinden auszusprechen. Dies führe zu einer seelischen Verarmung, die zu Verrohung führe. Durch zu viel Medienkonsum verarme auch die Phantasie. Diese Missstände kümmerten niemand und würden von der Bevölkerung hingenommen. Sie seien auch in der Politik kein Thema. So habe er vergeblich an das Kultusministerium geschrieben und die Abgeordneten informiert. Man müsse ein Problembewusstsein schaffen. Biberach sei nicht außen vor, was sich auch an Einschulungsuntersuchungen und der Kriminalstatistik zeige.

Es wird applaudiert.

Herr Schley ergänzt die pädagogische Begründung. Das Thema sei auch für die Schulen von großer Bedeutung, weshalb man sich inhaltlich einbringen wolle. Auch an den Schulen müsse sensibilisiert, ein Bewusstsein für das Problem geschaffen und Alternativen angeboten werden. Man nehme die Öffentlichkeit im Rahmen von vier Großveranstaltungen mit, da man nicht nur Einmalaktionen, sondern eine Nachhaltigkeit erreichen wolle. Die Kindergärten und Grundschulen beziehe man ein, da hier die Beeinflussbarkeit der Kinder noch besser gegeben sei und die Eltern interessierter seien. Dieses Projekt leiste auch einen Beitrag zur Kriminalprävention.

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf hält Aufklärung für notwendig, vermutet jedoch, dass diejenigen, die sie nötig hätten, nicht erreicht würden. Da man Steuergelder verwalte, müsse man klären, ob man für diese Aufgabe zuständig sei. Beschäftige man sich mit dem Thema, müsse man sich mit Lerntheorien beschäftigen, wobei die hier passende die von Sutherland sei, die differentielle Assoziation. Sie kläre unter anderem Kommunikation für wichtig. Die zum Lernen finde in intimen kleinen Gruppen statt. Dies lerne man am Fernseher nicht. Professor Christian Pfeiffer sei ihm nicht als Medienforscher bekannt. Als Medienforscher sei dagegen in Deutschland H. J. Schneider und sein Institut in München bekannt. Pfeiffer habe sich bislang eher gegen derartige monokausale Aussagen gewehrt. Zur Zuständigkeit meint er, gefordert seien das Kultus-, das Gesundheits- und das So-

zialministerium, nicht jedoch die Stadt Biberach. Seines Erachtens sollte Geld des Steuerzahlers nicht für Derartiges ausgegeben werden, zumal der Nutzen fraglich sei.

StR Lemli kann die Ausführungen StR Dullenkopfs nicht nachvollziehen. Es sei wissenschaftlich unbestritten, dass ein enger Zusammenhang zur Gewaltbereitschaft bestehe zwischen Medienbeeinflussung und sozialer Stellung in den Familien. Dies wirke sich negativ auf die Jugendkriminalität und die Emphatiefähigkeit aus. Der Suchtfaktor werde oft vergessen. Auch sei eindeutig belegt, dass zuviel und falscher Medienkonsum auch das Lernverhalten beeinflusse. Zuviel unkontrollierter Medienkonsum mache dumm. Die einfache Sprache und Botschaft gefalle ihm, da man damit auch diejenigen erreiche, die sich mit dem Thema nicht wissenschaftlich auseinandersetzen. Der Leidensdruck der Eltern sei groß, unabhängig von sozialen Schichten. Viel Eltern seien beim Medienumgang hilflos. Leidensdruck bestehe auch an den Schulen. Daher habe es ihn gefreut, dass das Thema im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention aufgegriffen worden sei. Es sei ein Thema, das alle angehe und nicht nur den Landkreis. Er traue dem Projekt Erfolgssaussicht zu. Man stoße eine breite Diskussion an und gebe Handreichungen an Eltern und Lehrer. Er dankt für das ehrenamtliche Engagement und die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte.

Von der SPD-Fraktion wird applaudiert.

StRin Goeth lässt wissen, der teilweise ausufernde Medienkonsum bereite große Sorge. Das technische Wissen der Erwachsenen hänge oft hinterher. Daher sei das Projekt für all diejenigen wichtig, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun hätten beziehungsweise Zugang zu Eltern hätten, die oft nicht selbst richtig mit Medien umgehen könnten. Diese Eltern könne man kaum erreichen und es sei zu vermuten, dass sie auch an den angebotenen Großveranstaltungen nicht teilnähmen. Daher müsse man Multiplikatoren schulen, die Zugang auch zu solchen Eltern hätten. Man müsse die Erfahrungen des Jugendamts, von Jugend Aktiv und des Kinderschutzbundes sowie der Stadtteilarbeit nutzen. Die Freien Wähler begrüßten das Projekt im Grundsatz und wünschten viel Erfolg.

StR Gehring signalisiert vorab die Zustimmung der Grünen. Diese sei von der Hoffnung getragen, dass sich Einige angesprochen fühlten. Eine Bewusstseinsänderung sei ein langwieriger und schwieriger Prozess. Medien seien zwischenzeitlich für Kinder und Jugendliche auch Lernmittel. Gleichzeitig würden Medien auch als Babysitter eingesetzt und ein extremer Medienkonsum führe zu sprachlicher Vereinsamung, aufgrund derer vieles nicht mehr funktioniere.

StR Braig sieht als Zielgruppe die Bildungsschwachen, die man nur schwer oder nur marginal erreiche. Eventuell könne man über Kindergärten eine Pflichtveranstaltung anbieten, wobei zu befürchten sei, dass sich dann viele auch entzögen. Angesichts des exzessiven Mediengebrauchs könne das Projekt eine Impulsveranstaltung für alle sein.

StR Wiest gibt zu verstehen, die CDU sei in ihrer Meinung gespalten. Er sei sich aus eigener Erfahrung bewusst, wie wichtig es sei, Kinder von übermäßigem Medienkonsum abzuhalten. Auch wenn man mit dem Projekt nicht alle erreiche, sei es wichtig, denn das Problem gehe durch alle sozialen Schichten. Daher sei die Platzierung des Themas in der Öffentlichkeit wichtig und man sei dankbar für die Initiative.

Herr Schley lässt wissen, mit Professor Pfeiffer und seiner Schwester, die eine Fachkraft für Computerspiele sei, könne man informieren und sensibilisieren. Jede Schule für sich müsse für das

Thema werben. In der zweiten Großveranstaltung wolle man Hilfsangebote mit Pädagogen, Sozialwissenschaftlern und anderen geben und in deiner dritten Großveranstaltung in die Praxis gehen.

Herr Dr. Toporski lässt wissen, man sei es sich bewusst, dass die besonders wichtige Zielgruppe am schwersten erreichbar sei. Daher wolle man zusätzlich eine starke Pressearbeit betreiben, plakatieren und Flyer verteilen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StR Dullenkopf), 1 Enthaltung (StR Kolesch) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Sperrvermerk auf HHSt. 1.1110.638100.0 Projekt „Bildschirme raus aus Kinderzimmern“ über 10.000 Euro wird aufgehoben.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1** und **2** beigefügten Drucksachen Nrn. 9/2008 und 9/2008-1 zur Beschlussfassung vor. Zur Diskussion wird auch gleich das Thema Öffnungszeiten im neuen Hallensportbad aufgerufen. Der Beschluss hierzu wird beim folgenden Tagesordnungspunkt protokolliert.

OB Fettback lässt wissen, den Öffnungszeiten gemäß der Ergänzungsvorlage habe der Aufsichtsrat im Umlaufverfahren ebenso zugestimmt wie der vorgeschlagenen Tarifstruktur. Die Geschäftsführung bleibe bei ihrem ursprünglichen Vorschlag, da dieser leichter praktikabel wäre. Sofern eine Familienkomponente eingeführt werden solle, sollte dies probeweise erfolgen und der Eintritt für Kinder nur bis zum Alter von zwei Jahren frei sein. Die vorgeschlagene moderate Erhöhung sei bei einem neuen Bad mit wesentlich größerer Attraktivität gerechtfertigt.

StR Dullenkopf schickt voraus, sowohl bei den Tarifen als auch bei den Öffnungszeiten gehe man von einer vorläufigen Erprobungsphase aus. Gegebenenfalls müsse man schnell reagieren, sollte sich zeigen, dass etwas nicht stimmig sei. Er spricht den CDU-Antrag zum Familientarif an, der dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist, und lässt wissen, zunächst habe die CDU-Fraktion sich gegen eine Familienkarte ausgesprochen, da noch die beschränkte Aufenthaltsdauer in der Diskussion gewesen sei. Diese hätte sich mit einer Familienkarte nicht vertragen. Da nun die Aufenthaltsdauer nicht mehr festgelegt werden solle, sei auch keine Kontrolle mehr erforderlich, weshalb man sich für diese Familienkomponente ausspreche.

StRin Kübler zeigt sich erfreut über die Vorlage, da man somit der Eröffnung des neuen Hallenbades ein Stück näher komme. Die Familienkomponente liege der SPD-Fraktion sehr am Herzen, weshalb man ursprünglich einen Wochenendtarif beantragt habe, was von der Verwaltung aber als sehr personalintensiv bezeichnet worden sei. Wenn nun doch die technischen Möglichkeiten hierfür gegeben seien, stimme man dem CDU-Antrag gerne zu.

Zu den Öffnungszeiten bemerkt sie, man sei mit dem Vorschlag sehr zufrieden und gehe ebenfalls von einer Erprobungsphase aus, die gegebenenfalls dem Praxisbedarf angepasst werden müsse.

OB Fettback bestätigt, ohne Zeitbegrenzung sei keine zusätzliche personelle Kontrolle beim Ausgang erforderlich. Dennoch benötige man weiterhin eine Eintrittskontrolle. Ferner gibt er zu bedenken, dass der freie Eintritt für Kinder bis zu 6 Jahren bereits ein tolles Angebot wäre.

Herr Isenmann unterstreicht, dass ohne Familienkarte die Kosten um ca. 50% geringer wären. Problem beim Familientarif wäre überdies, dass es zu Verwirrungen kommen könnte, wenn gleichzeitig Kinder bis zum 6. Lebensjahr freien Eintritt hätten. Daher sollte dieser wieder auf 2 Jahre reduziert werden.

Auf Frage von StR Dullenkopf, warum der Personalbedarf bei einer Familienkarte höher sei, da man auch für den Eintritt von Kindern unter 6 Jahren Personal benötige, erwidert Herr Isenmann, deren Zahl sei wesentlich geringer.

StRin Kübler bringt vor, in Ravensburg werde eine 12er-Karte, ein Gutschein für Familien mit Kindern über 6 Jahren bei der Einwohnermeldestelle ausgegeben. Die Abwicklung sei problemlos und sie finde dieses Angebot interessant.

StR Dr. Compter meint, für nur 50 Ct mehr biete man eine Hallenbadnutzung mit deutlich besserem Angebot in viel ansprechenderer Umgebung und ohne zeitliche Begrenzung. Ein attraktives Bad locke sicher mehr Gäste an. Da manche wochentags nicht vor 19 Uhr das Hallenbad besuchen könnten, sei ein langer Abend notwendig, weshalb man sich bei den Öffnungszeiten für Variante 3 ausspreche.

Den CDU-Antrag zum Familientarif habe er vor der Erläuterung der Verwaltung als nachvollziehbar erachtet, er glaube jedoch Herrn OB Fettback und Herrn Isenmann und stimme gegen diesen Antrag. Da man sich in einer Testphase befinde, könne man dies jederzeit ändern.

Auch StR Späh bezeichnet die vorgesehene Erhöhung als annehmbar und verweist auf die großen Rabattmöglichkeiten. Sehr gut finde er, dass keine zeitliche Begrenzung erfolgen solle. Freier Eintritt für Kinder unter 6 Jahren stelle eine starke Familienkomponente dar. Eine Familienkarte stelle angesichts des großen Personalaufwands eher einen Rückschritt dar. Er meint, gegebenenfalls müsse man dies ändern.

StR Funk begrüßt, dass öffentlich eine politische Entscheidung im Gemeinderat zum Hallenbad erfolge. Dies entspreche seinen immer geäußerten Wünschen. Seines Erachtens sei es dann aber unnötig, vorher den Aufsichtsrat beschließen zu lassen, da dieser nur zu prüfen habe, ob die Gesellschaft das nötige Geld zur Verfügung stellen könne. Längere Öffnungszeiten seien zu begrüßen bei einer Investition von über 11 Mio. €, die dann auch gut genutzt werden müsse. Er spricht sich gegen den CDU-Antrag zum Familientarif aus und signalisiert insgesamt Zustimmung.

StRin Drews gibt zu bedenken, für Kinder bis zum 18. Lebensjahr fehle die Familienkomponente. Komme man dem Vorschlag der SPD-Fraktion nach, könnten diese zwölfmal pro Jahr, sprich einmal im Monat, kostenlos das Hallenbad besuchen. Sie gibt zu bedenken, dass 25% aller Kinder der Klasse 5 Nichtschwimmer seien. Sie erhebt den Vorschlag von StRin Kübler zum **Antrag**.

StR Kolesch begründet den CDU-Antrag unter anderem damit, dass man unterstützen wolle, wenn Familien etwas gemeinsam unternähmen, was beim SPD-Antrag nicht gegeben sei. Dieser brächte unter Umständen nur Mitnahmeeffekte und einen zusätzlichen Aufwand beim Einwohnermeldeamt. Trotz Familienkarte sollten Kinder bis zum 6. Lebensjahr freien Eintritt haben. Den zusätzlichen Personalaufwand schätze er nicht so hoch ein, da die Familien vermutlich eher am Wochenende das Bad besuchten, dann ohnehin mehr Kinder dort seien und daher Personal benötigt werde. Der Familientarif solle jeden Tag gelten und die Preisgestaltung solle die Verwaltung aufgrund ihrer Erfahrungen festlegen.

StR Braig hält möglichst schnell eine Vorlage zu den im Rahmen der Haushaltsplanberatung beantragten Bildungs- und Betreuungsgutscheinen für erforderlich. Dann könnten die Bürger selbst entscheiden, wofür sie diese nutzen.

StRin Kübler zieht den **Antrag der SPD-Fraktion** zurück und kündigt Zustimmung zum CDU-Antrag an.

StR Keil bittet dennoch, bei der Bäderverwaltung in Ravensburg die Erfahrungen mit dem dortigen Modell nachzufragen.

OB Fettback gibt zu verstehen, eine einfache, schnell begreifbare Tarifstruktur wäre wichtig.

StR Funk bezeichnet das Vorgehen von CDU- und SPD-Fraktion als populistisch.

Der **Antrag der CDU-Fraktion** einen täglich gültigen Familientarif bei gleichzeitig freiem Eintritt für Kinder bis 6 Jahren und Beauftragung der Geschäftsführung, hierfür einen Tarif festzusetzen, wird mit 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen (StRe Brunner, Dr. Compter, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Den übrigen Tarifen wird einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat weist die Gesellschafterversammlung an, folgende Tarife für das neue Hallensportbad festzusetzen:

Einzeleintritt Erwachsene	3,00 €	
Einzeleintritt Jugendliche	2,00 €	
Einzeleintritt Ermäßigt*	2,00 €	
Familienkarte	Tarif von Geschäftsführung festzusetzen	
12er Karte Erwachsene	30,00 €	2 Eintritte frei das entspricht einem Rabatt von 16,7%
12er Karte Jugendliche	20,00 €	2 Eintritte frei das entspricht einem Rabatt von 16,7%
12er Karte Ermäßigt*	20,00 €	2 Eintritte frei das entspricht einem Rabatt von 16,7%
26er Karte Erwachsene	60,00 €	6 Eintritte frei das entspricht einem Rabatt von 23,1%
26er Karte Jugendliche	40,00 €	6 Eintritte frei das entspricht einem Rabatt von 23,1%
26er Karte Ermäßigt*	40,00 €	6 Eintritte frei das entspricht einem Rabatt von 23,1%

Schul- und Vereinstarif 1,60 € (12er Karten-Tarif Jugendliche)

Kinder unter 6 Jahren haben freien Eintritt.

*** Ermäßigung erhalten:**

Rentner, Schwerbehinderte, Schüler, Studenten, Ersatzdienstleistende, Wehrpflichtige nur mit Ausweis

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1** und **2** beigefügten Drucksachen Nrn. 10/2008 und 10/2008-1 zur Beschlussfassung vor.

Die Diskussion zu diesem Thema erfolgte beim Tagesordnungspunkt 3 und ist dort festgehalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Gesellschafterversammlung wird angewiesen, die Geschäftsführung zu beauftragen, die Öffnungszeiten entsprechend Variante 3 von Drucksache 10/2008 festzusetzen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 19/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.02.2008.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Tiefbauarbeiten werden an die günstigste Bieterin, die Firma Friedrich Duensing GmbH & Co. KG, Neustadt, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 18. Dezember 2007, mit einem Betrag von netto 2.000.230,37 € vergeben.**
- 2. Die im Haushalt 2008 eingestellte Verpflichtungsermächtigung bei HHSt. 2.6600.951103.2/100 - Erhöhung der Bahnsteige - in Höhe von 2.189.518,00 €, wird zur Bewirtschaftung freigegeben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 181/2008-1 zur Beratung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.02.2008. Dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 181/2007-2 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Ogertschnig erläutert kurz den Sachverhalt.

StR Kolesch äußert sich froh darüber, dass ein weiterer Schritt Richtung Realisierung dieser Verbindung getan werde. Die CDU-Fraktion habe vor einigen Jahren die Aufnahme dieser Maßnahme in das städtische Investitionsprogramm beantragt. Diese Verbindung entlaste die Kreuzung Zweigart, die am meisten belastet sei. Ferner werde die Ulmer Straße entlastet. Die Straße sei unstrittig und deren Führung inklusive Unterführung für Fußgänger und Fahrradfahrer unter der Ulmer Straße zwingend aus Verkehrssicherheitsgründen und zur Sicherstellung des Verkehrsflusses. Über die Führung des Fuß- und Radweges habe man lange diskutiert. Der Weg durch das Röhrenöschle solle belassen und gegebenenfalls ertüchtigt werden.

StR Keil meint, es handle sich um mehr als eine Straße, denn es würden Fuß- und Radwegeverbindungen zu einem bedeutenden Wohngebiet und dem bedeutendsten Gewerbegebiet geschaffen. Der Röhrenöschleweg sei ein von vielen beliebter Spazierweg, weshalb der Radweg neben der Straße geführt werden solle.

StR Dr. Compter stellt klar, es habe im Bauausschuss keine Enthaltungen, sondern Gegenstimmen gegeben. Strittig sei nur die Radwegeführung vom Talfeld zur neuen Unterführung gewesen. Gute Argumente existierten für beide Alternativen. Letztlich hätten drei Argumente für die Beschlussempfehlung des Bauausschusses überzeugt: Die soziale Kontrolle sei bei einer Parallelführung besser, die Bergauffahrt leichter, da eine geringere, gleichmäßige Steigung zu bewältigen sei und der Weg sei sicherer.

StR Weber meint, die Anschlüsse seien lange geplant und gebaut und mit dieser Verbindung entstehe ein äußerer Stadtring, der die Ulmer Straße stark entlaste. Der Aufstieg nach Mettenberg sei dann entbehrlich. Die Geh- und Radwegeplanung habe in den nächsten Jahren Priorität, weshalb man der Unterführung uneingeschränkt zustimme. Der Weg solle entlang der Straße geführt werden, auch aus Gründen der sozialen Kontrolle. Der Röhrenöschleweg solle für die Natur und die Landwirtschaft im derzeitigen Zustand erhalten werden. Gleiches gelte für den unter Option 5 dargestellten Grasweg. Die Grünen stimmten mehrheitlich zu.

Er gebe zu bedenken, dass der Rißtalhang vom Mettenberger Bach, der ein einzigartiger Erholungsraum sei, durchschnitten würde. Durch die Straße entstünde eine weitere Umweltsünde. Eine weitere Einzigartigkeit, die Biberacher Alm, die angewandte und artgerechte Tierhaltung par excellence darstelle, würde durch die Straße erschwert, daher lehne er die Maßnahme ab.

StR Braig signalisiert Zustimmung. Er bezeichnet Sozialkontrolle als wichtig, was durch die stark frequentierte Straße gegeben sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Nein-Stimmen (StRe Kapfer, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Dem ergänzten Entwurf (Verbindung Hubertusweg – GV Oberhöfen Nr. 5.8) für die geplante Verbindungsstraße zwischen Mettenberger Straße (L 280) und Ulmer Straße (L 267) wird zugestimmt (siehe Anlage 2 zu Drucksache Nr. 181/2007-1).**
- 2. Der erweiterten Planung mit der Geh- und Radwegeunterführung in der Ulmer Straße wird zugestimmt.**
- 3. Der Instandsetzung des Radweges Richtung Röhrenöschle wird zugestimmt.**
- 4. Der erweiterten Planung mit dem zusätzlichen Radweg entlang der Verbindungsstraße wird zugestimmt.**
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag zur Aufnahme in das GVFG-Programm zu stellen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 17/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.02.2008.

StR Braig meint, der Bebauungsplan hätte bereits mit dem Bebauungsplan EnBW vor Jahren aufgestellt werden können.

OB Fettback erwidert, dass dies nicht geschehen sei, habe er zu vertreten. Von der EnBW habe es immer wieder Andeutungen gegeben, aber nichts Spruchreifes, was jetzt der Fall sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 07-006 vom 21.02.2007 mit unterbrochener, bandierter Umrandung gekennzeichnete Gebiet, wird der Bebauungsplan „Bismarckring, Adolf-Pirrung-Straße, Ulmer-Tor-Straße“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt.**

- 2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung findet – wie sonst allgemein üblich – in Form einer Planaufgabe während der üblichen Dienststunden statt mit der Möglichkeit zur Äußerung und Erörterung.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 15/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.02.2008.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Das Sanierungsgebiet „Östliche Innenstadt“ wird um das Teilgebiet 5 erweitert (Erweiterungsgebiet siehe Lageplan vom 17.12.2007, Plan Nr. 07-067). Die Sanierung wird bis zum 31.12.2011 abgeschlossen.**
- 2. Aufgrund der in der Vorlage beschriebenen Situation wird die förmliche Festlegung für das Teilgebiet 5 als Satzung beschlossen. Die Satzung liegt als Anlage 1 der Drucksache Nr. 15/2008 bei.**
- 3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die im Lageplan unter Ziff. 5.1, 5.2 und 5.3 vorgesehenen Erschließungsmaßnahmen zu planen und deren Realisierung vorzubereiten.**

TOP 9.1 Verschiedenes: Wilde Müllablagung Laurenbühlweg

StR Braig bringt vor, am zweitletzten Haus im Laurenbühlweg sei Müll unter Gebüsch und Bäumen entsorgt worden. Er bittet nachzusehen. Dort wohnten Menschen mit Migrationshintergrund.

TOP 9.2 Verschiedenes: Vergabe Verlauf Innerer Gruppen

OV Boscher bringt vor, StR Keil habe gebeten, über den Verlauf der Bauplatzvergabe im Gebiet Innerer Gruppen zu berichten. Er könne mitteilen, dass von 45 Einheiten 27 vergeben seien.

TOP 9.3 Verschiedenes: Leserbriefe zur Sauna Hallenbad

StRin Drews spricht Leserbriefe zur Sauna im Hallenbad an, die ihr Sorge bereiteten, weshalb sie eine Klarstellung in der Presse für erforderlich erachte, in der klargestellt werde, dass wenn eine Sauna errichtet würde, diese attraktiv und damit teurer sein müsste.

OB Fettback erwidert, auf Leserbriefe reagiere man grundsätzlich nicht.

TOP 9.4 Verschiedenes: Sportsituationsbericht

StRin Drews fragt nach, wann der Sportsituationsbericht behandelt werde. Sie bittet ein definitives Datum zu nennen. Man benötige ihn dringend für die Arbeitsgruppe der AG Fitte Kids.

OB Fettback erwidert, die Erstellung habe im Dezernat II lange gedauert. Er habe den Entwurf im Oktober 2007 kurz vor seiner Telawi-Reise erhalten und dann auf die nächste DK genommen. Danach sei EBM Wersch krankheitsbedingt ausgefallen und seither habe sich keine Gelegenheit gefunden, das Thema zu besprechen. Es stünden sehr viele Aufgaben an und man versuche so schnell wie möglich, das Thema in der Dezernentenkonferenz zu besprechen, habe aber aufgrund der Erkrankung von EBM Wersch einiges aufzuarbeiten.

TOP 9.5 Verschiedenes: Bahnhof

StR Funk hat einige Verständnisfragen zum Bahnhof. Nach der Berichterstattung der Schwäbischen Zeitung beteilige sich die Bahn finanziell nicht. Er fragt, ob in den GVFG-Mitteln auch Landesmittel enthalten seien.

BM Ogertschnig lässt wissen, in den GVFG-Mitteln seien Bundesmittel aus der Mineralölsteuer enthalten. Deren Anteil sei ihm nicht bekannt.

OB Fettback fügt an, darüber hinaus würden Regionalisierungsmittel von den Ländern zur Verfügung gestellt.

Anschließend wird die Sitzung von 19:50 Uhr bis 20:05 Uhr zur Vesperpause unterbrochen. Dann schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Gemeinderat, 18.02.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadträtin:	Buttschardt
Stadtrat:	Wiest
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig